

Vom Magistrat:

| | |
|----------------------------|---------------------|
| Frau Dietlind Grabe-Bolz | Oberbürgermeisterin |
| Frau Gerda Weigel-Greilich | Bürgermeisterin |
| Frau Astrid Eibelshäuser | Stadträtin |
| Frau Monika Graulich | Stadträtin |
| Herr Burkhard Schirmer | Stadtrat |
| Herr Joachim Grußdorf | Stadtrat |

Von der Verwaltung:

| | | |
|-----------------------|--------------------------|-----------------|
| Frau Julia Thon | Dezernat I | |
| Herr Dr. Ludwig Brake | Leiter des Stadtarchives | |
| Herr Dirk Doring | Leiter der Kämmerei | |
| Herr Dietrich Metz | Leiter des Rechtsamtes | (bis 20:40 Uhr) |

Vom Ausländerbeirat:

Herr Moustafa Amet

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth Büroleiter, Schriftführerin

Gäste/Sachverständige:

| | | |
|--------------------------|--|-----------------|
| Herr Clemens Abel | Leiter der Mittelhessischen Wasserbetriebe (MWB) | (bis 20:35 Uhr) |
| Herr Wolfgang Braunsdorf | Geschäftsführer Stadthallengesellschaft (SHG) | (bis 20:30 Uhr) |

Entschuldigt:

Herr Dieter Scholz CDU-Fraktion

Der **stellv. Ausschussvorsitzende Heller** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er teilt mit, dass der Ausschussvorsitzende Scholz erkrankt ist. Weiterhin stellt er fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Der **Sitzungsleiter** weist daraufhin, dass zur Einladung vom 15.02.2013 ein Nachtrag vom 21.02.2013 vorliegt mit einem neuen TOP 2, einem Bericht des Magistrats zur NS-Vergangenheit kommunaler Mandatsträger. Weiterhin habe der Magistrat beantragt, den für den nicht öffentlichen Sitzungsteil vorgesehenen Bericht zur Kongresshalle in den öffentlichen Teil zu nehmen. Er schlägt vor, diesen Bericht als neuen TOP 3 zu behandeln, so dass sich die in der Einladung vom 15.02.2013 aufgeführten Tagesordnungspunkte entsprechend verschieben.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Weiterhin wird die nicht öffentliche Behandlung der „Dokumentation der Derivate-Abschlüsse und Kreditaufnahmen im Jahr 2012“ – STV/1385/2013 – sowie der Grundstücksgeschäfte – STV/1368/2013, STV/1391/2013, STV/1403/2013, STV/1355/2013 und STV/1396/2013 – einstimmig beschlossen.

Abschließend genehmigt der Ausschuss einstimmig die ergänzte Tagesordnung in der nachfolgenden Form.

Tagesordnung (Öffentliche Sitzung):

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Bericht des Magistrats zum Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.05.2011 - NS-Vergangenheit kommunaler Mandatsträger (STV/0161/2011) -
3. Bericht zur Kongresshalle
4. 151. Vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur 2011: Sonderstatusstädte“ - Empfehlungen des Schlussberichts - Antrag des Magistrats vom 21.01.2013 - STV/1358/2013
5. Neufassung der Abwassersatzung der Universitätsstadt Gießen - Antrag des Magistrats vom 05.02.2013 - STV/1384/2013
6. Erste Satzung zur Änderung der Verwaltungskostensatzung - Antrag des Magistrats vom 11.02.2013 - STV/1395/2013
7. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 100 HGO - Amt 65 - Gebäudewirtschaft Betrieb u. Unterhaltung - Antrag des Magistrats vom 14.01.2013 - STV/1342/2013
8. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 100 HGO - Amt - 40 - Schülerbeförderung - Antrag des Magistrats vom 16.01.2013 - STV/1346/2013

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 9. | Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 100 HGO Amt - 23 - Forstwirtschaft BgA - Antrag des Magistrats vom 25.01.2013 - | STV/1369/2013 |
| 10. | Keine Privatisierung der Wasserversorgung - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 05.02.2013 - | STV/1388/2013 |
| 11. | Keine Privatisierung des Trinkwassers! Wasserversorgung ist Daseinsvorsorge! - Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2013 - | STV/1426/2013 |
| 12. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Bericht des Magistrats zum Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.05.2011 - NS-Vergangenheit kommunaler Mandatsträger (STV/0161/2011) -

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz führt aus, dass sich Herr Dr. Brake, Leiter des Stadtarchivs, einen ausführlichen Zwischenbericht zu dem am 21.06.2011 beschlossenen Antrag erarbeitet hat. Sie sieht in dem Zwischenbericht einen Schritt zur Aufhebung „weißer Flecken“ der NS-Geschichte Gießens.

Herr Dr. Brake trägt den Zwischenbericht vor. (Der Zwischenbericht ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.)

Stv. Dr. Krautheim, Mitglied der Kommission, die sich mit der NS-Vergangenheit kommunaler Mandatsträger in Stadt und Landkreis Gießen befasst, bittet, vorsichtig mit der, dem Zwischenbericht beigefügten Liste der betroffenen Personen umzugehen. Um belastbare Aussagen über den Grad der Verstrickung bestimmter Personen in die NS-Politik treffen zu können, bedürfe es weiterer Informationen zu Zugehörigkeiten und Tätigkeiten vor und nach 1945. Um Antworten auf viele, in diesem Zusammenhang wichtige Fragen zu bekommen, müsse trotz Schutzschirm weiteres Geld zur Forschung aufgewendet werden.

Stv. Ahlgrimm, Die Linke-Fraktion, bedankt sich für die geleistete Arbeit und begrüßt, dass ein sorgfältiges Weiterforschen geplant ist. Er betont, es gehe seiner Fraktion nicht darum, Kampagnen gegen bestimmte Personen zu starten.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, fragt, ob Kontakt zu den Familien der auf der Liste stehenden Personen aufgenommen worden sei.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz antwortet, dies sei bisher nicht geschehen, solle aber nun erfolgen.

Stv. Grothe, Fraktion B'90/Die Grünen, fragt nach dem weiteren Vorgehen in der Sache.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz antwortet, es stehe die Vergabe von weiterführenden Forschungsaufträgen bevor.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

3. Bericht zur Kongresshalle

Stadträtin Eibelshäuser und **Herr Braunsdorf**, Geschäftsführer der Stadthallen GmbH, geben anhand einer Power-Point-Präsentation einen Überblick über die Geschichte, den Zustand, den Investitionsbedarf und die Auslastung der Kongresshalle. (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.)

Stv. Möller, CDU-Fraktion, fragt nach Perspektiven der Weiterentwicklung der Kongresshalle, insbesondere im Hinblick auf geeignete Kongressräumlichkeiten, wie sie wiederholt von den Gießener Hochschulen gewünscht werden.

Herr Braunsdorf führt aus, dass die Veranstaltung von Kongressen problematisch sei, da zu wenig Nebenräume und zu wenig Ausstellungsfläche vorhanden seien. Viele Kongresse und Tagungen müssten sich refinanzieren über Ausstellungen. Hierfür sei das gegenwärtige Foyer zu klein. Weiterhin bestünden Probleme hinsichtlich der angemessenen Unterbringung von Kongress- und Tagungsteilnehmern in der Gießener Hotellerie.

Stadträtin Eibelshäuser berichtet, eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe beschäftige sich intensiv mit dem Projekt der Weiterentwicklung und möglichen Veräußerung der Kongresshalle an einen Investor. Aktuell habe ein Markterkundungsverfahren stattgefunden, dessen Ergebnisse in der Arbeitsgruppe der Verwaltung noch nicht abschließend ausgewertet seien. Zeitnahe werde es einen Bericht an die Stadtverordnetenversammlung geben.

Es zeichne sich aber ab, dass der nichtrentierliche Bereich, d.h. der Betrieb der Halle einschließlich der Konferenzräume, kaum zu veräußern sein wird. Um den Betrieb der Halle rentierlicher zu gestalten, seien zum 1. Januar die Benutzertarife erhöht worden. Außerdem würden die Strukturen der Gesellschaft überprüft.

Stv. Dr. Preiß, FDP-Fraktion, fragt nach dem Kostendeckungsgrad der Kongresshalle.

Stadträtin Eibelshäuser antwortet, diese Information werde sie nachliefern.

Stv. Roth, CDU-Fraktion, bittet, die gezeigte Präsentation den Stadtverordneten zur Verfügung zu stellen.

Stadträtin Eibelshäuser sagt dies zu.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

4. **151. Vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur 2011: Sonderstatusstädte“ - Empfehlungen des Schlussberichts** **STV/1358/2013**
- Antrag des Magistrats vom 21.01.2013 -

Antrag:

„Der beigefügte Bericht mit Stellungnahmen zu den Prüfungsfeststellungen des Hessischen Rechnungshofs zum Schlussbericht über die 151. Vergleichende Prüfung ‚Haushaltsstruktur 2011: Sonderstatusstädte‘ wird beschlossen. Der Bericht wird dem Hessischen Rechnungshof übersandt.“

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz führt aus, die Vorlage spreche für sich. Für Fragen stehe sie selbstverständlich zur Verfügung.

Es werden keine Fragen gestellt.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

5. **Neufassung der Abwassersatzung der Universitätsstadt Gießen** **STV/1384/2013**
- Antrag des Magistrats vom 05.02.2013 -

Antrag:

„Der als Anlage 1 beiliegende Entwurf einer Abwassersatzung der Universitätsstadt Gießen wird als Satzung beschlossen.“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich führt aus, dass in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr sowie in weiteren Gremien bereits eine ausführliche Präsentation zur Neufassung der Abwassersatzung gegeben worden sei. Sie fragt, ob die Vorstellung noch einmal gewünscht werde.

Das ist nicht der Fall.

Beratungsergebnis:

Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, CDU, GR; StE: FW).

6. Erste Satzung zur Änderung der Verwaltungskostensatzung - Antrag des Magistrats vom 11.02.2013 - **STV/1395/2013**

Antrag:

„Der in Anlage 1 beigefügte Entwurf wird als Satzung beschlossen.“

Auf eine Frage des **Stv. Oechler**, Piraten-Fraktion, erläutert **Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz**, dass mit der vorliegenden Änderung lediglich ein leider entstandenes Versäumnis aufgearbeitet werde.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung gemäß § 100 HGO - Amt 65 - Gebäudewirtschaft Betrieb u. Unterhaltung - Antrag des Magistrats vom 14.01.2013 - **STV/1342/2013**

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0101100200 - Gebäudewirtschaft Betrieb u. Unterhaltung - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von

163.000,00 Euro

genehmigt.

Ursprünglicher Haushaltsansatz: 3.114.500,00 Euro.

Deckung aus
Kostenträger 1682010100
- Finanzwirtschaft allgemein - 163.000,00 Euro.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

**8. Genehmigung einer überplanmäßigen STV/1346/2013
Aufwendung/Auszahlung gemäß § 100 HGO - Amt - 40 -
Schülerbeförderung
- Antrag des Magistrats vom 16.01.2013 -**

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 0317010100 - Schülerbeförderung - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von

47.500,00 Euro

genehmigt.

Ursprünglicher Haushaltsansatz = 720.100,00 Euro.

Deckung aus
Kostenträger 1682010100 - Finanzwirtschaft allgemein -
Deckungsreserve 47.500,00 Euro.“

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

**9. Genehmigung einer überplanmäßigen STV/1369/2013
Aufwendung/Auszahlung gemäß § 100 HGO Amt - 23 -
Forstwirtschaft BgA
- Antrag des Magistrats vom 25.01.2013 -**

Antrag:

„Bei dem Kostenträger 1376020200 - Forstwirtschaft BgA - wird eine überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung in Höhe von

23.500,00 €

genehmigt.

Ursprünglicher Haushaltsansatz = 350.886,00 €.

Deckung aus
Kostenträger 0101130200
- Liegenschaftsverwaltung - 17.000,00 €
und
Kostenträger 0101130300

- Verwaltung von Gaststätten BgA - 6.500,00 €."

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

Die Tagesordnungspunkte 10 und 11 werden zur gemeinsamen Beratung aufgerufen.

**10. Keine Privatisierung der Wasserversorgung STV/1388/2013
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 05.02.2013 -**

Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Europäische Kommission auf, ihre Pläne, die Wasserversorgung durch die Hintertür zu privatisieren, fallen zu lassen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser ein zentrales öffentliches Gut ist. Es ist Aufgabe aller Ebenen von der Europäischen Union, über die Bundes- und Landesregierungen bis zu den Städten und Gemeinden dafür zu sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung haben.
3. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht den EU-Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.
4. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich entsprechend des Beschlusses gegenüber der EU-Kommission gegen die Wasserprivatisierung einzusetzen.“

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Ahlgrimm und Nübel.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt (Ja: SPD, GR; Nein: CDU; StE: FW).

**11. Keine Privatisierung des Trinkwassers! Wasserversorgung ist Daseinsvorsorge! STV/1426/2013
- Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18.02.2013 -**

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung Gießen setzt sich seit langem uneingeschränkt für die bestmögliche Qualität des Roh- und Trinkwassers ein. Insofern kritisiert sie, dass es bisher im europäischen Gesetzgebungsverfahren nicht gelungen ist, die kommunale

Wasserversorgung dauerhaft aus dem Anwendungsbereich der geplanten EU-Konzessionsrichtlinie herauszunehmen und so zu verhindern, dass die Versorgung mit dem Lebensmittel Trinkwasser dem profitorientierten Wettbewerb privater Konzerne geöffnet wird. Gesundes und qualitativ hochwertiges Trinkwasser ist Existenzgrundlage und darf nicht zum bloßen Handelsgut verkommen.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert deshalb eindringlich an die deutschen Beteiligten am weiteren Gesetzgebungsverfahren - Europaabgeordnete wie Bundes- und Landesregierungen - die von den Kommunen verantwortete Versorgung mit hochwertigem und preiswertem Trinkwasser als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge unbefristet sicherzustellen. Sie begrüßt ausdrücklich die Zielrichtung der Initiative ‚Wasser ist ein Menschenrecht‘ gegen die EU-Konzessionsrichtlinie, mit der engagierte Bürgerinnen und Bürger mittels des neuen Instruments Europäische Bürgerinitiative und mindestens einer Million Unterschriften das Vorhaben der EU verhindern wollen.“

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

12. Verschiedenes

Es wird nichts vorgebracht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Sitzungsleiter** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) H e l l e r

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h